



Haushalt 2024: Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/ die Grünen; Tierschutz im Kreis stärken- bauliche Unterhaltung und investive Maßnahmen der Tierheime

VO/2023/491	Fraktionsantrag
öffentlich	Datum: 22.11.2023
<i>FD 2.2 Umwelt</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Emma Hennings

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
23.11.2023	Umwelt- und Bauausschuss (Beratung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Beschlussvorschlag

Der Umwelt- und Bauausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag, für die bauliche Unterhaltung und investive Maßnahmen der Tierheime ein Betrag von 200.000 € in den Haushalt einzustellen.

Sachverhalt

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage.

Relevanz für den Klimaschutz

Finanzielle Auswirkungen

200.000€ (Teilhaushalt 122120 „Ordnungsaufgaben Veterinäraufsicht“).

Anlage/n:

1	2023_11_20_Antrag_UBA Tierschutz stärken, Antrag 1
---	--



An
die Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
Frau Dr. Ina Walenda

Den Tierschutz im Kreis stärken, Antrag 1

Sitzung des Umwelt- und Bauausschusses am 23.11.2023

TOP 7

Rendsburg, 20. November 2023

Sehr geehrte Frau Dr. Walenda,

die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag
Rendsburg-Eckernförde beantragen zu TOP 7:

Teilhaushalt 122120 „Ordnungsaufgaben Veterinäraufsicht“

Antrag 1 Den Tierschutz im Kreis stärken

Für die bauliche Unterhaltung und investive Maßnahmen der Tierheime
wird ein Betrag von 200.000 € in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Die von den Tierschutzvereinen betriebenen Tierheime sind mit ihren überwiegend ehrenamtlichen Kräften angesichts der dramatisch gestiegenen Anzahl der in ihre Obhut übergebenen Tiere am Ende ihrer Möglichkeiten. Dabei stehen sie seit Jahren vor besonderen Hausforderungen. So stoßen die Tierheime zunehmend an bauliche Kapazitätsgrenzen. Die Corona-Pandemie, in der vermehrt Haustiere angeschafft wurden, hat diese Situation nochmals verschärft. Viele Haustierbesitzer fühlen sich überfordert – zeitlich und im Umgang mit den Tier, aber auch bedingt durch gestiegene Kosten. In der Folge werden Tiere abgegeben oder ausgesetzt, letzteres insbesondere wenn

die Tierheime mit Aufnahmestopps reagieren müssen. Hinzu kommt der Unterbringungsbedarf für Tiere aus Kriegsgebieten wie der Ukraine. Akut besteht erheblicher Sanierungsbedarf für die Unterbringungsmöglichkeiten, zudem ist eine bauliche Erweiterung unumgänglich, wofür in 2024 zunächst für Planungskosten Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, um so Landeszuschüsse erhalten zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ina Walenda
SPD-Fraktion
GRÜNEN

Karola Blunck
CDU-Fraktion

Kirsten Zülsdorff
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE